

GISELA NOTZ

Die Arbeit der Frauen und ihre Zukunft – unter den Bedingungen von Globalisierung

»Die internationalen Märkte zwingen uns...«, wie von einer Schallplatte mit Sprung wird uns dieser Satz seit einigen Jahren eingehämmert. Die Arbeitgeber wollen damit sagen: »Die internationalen Märkte zwingen uns, mit immer weniger und immer schlechter bezahlten Arbeitskräften immer mehr zu produzieren«. Und sie handeln danach. Sie agieren als »global players« – und das weltweit. Schätzungen gehen davon aus, daß in der Zukunft 20 Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung ausreichen werden, um den Weltbedarf an notwendigen Gütern zu produzieren. Ob die anderen als Hausfrauen, Dienstboten, Kofferträger diesen 20 Prozent zuarbeiten oder auf der Straße verhungern und erfrieren werden, verbleibt im Bereich der Spekulation. Politiker verweisen immer wieder auf die Chance, die die internationale Arbeitsteilung bietet, um den Wohlstand der Völker zu mehren und jedem seinen gerechten Anteil am ökonomischen und technischen Fortschritt zu geben. (z. B. Lafontaine 1997, S. 20). D. h., sie bietet die Chance, wer aber bekommt die Chance, welche Völker und welche Teile der Bevölkerung und was heißt das unter dem Blickwinkel der bestehenden geschlechtshierarchischen Arbeitsteilung und was heißt gerecht?

Gisela Notz – Dr. phil., Sozialwissenschaftlerin, Studium in Berlin, wissenschaftliche Referentin im Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung Bonn; Lehrbeauftragte für Soziologie an der Universität GH Essen.

Forschungsschwerpunkte: bezahlt und unbezahlt geleistete Frauenarbeit, berufliche Aus- und Weiterbildung, historische Frauenforschung. Zahlreiche Veröffentlichungen zu diesen und anderen Themen.

Die Globalisierungsdiskussion

Die inflationäre Verwendung des Begriffs der Globalisierung macht den Diskurs schwierig. Hauptsächlich wird darunter verstanden:

- Die globale Reichweite der Umweltrisiken und die daraus entstandenen Umweltschäden, die weder räumlich begrenzt noch zeitlich reversibel sind, die klassen- und schichtungspezifisch und ortsungebunden global wirksam sind.
- Die expansive Eroberung der »Entwicklungsländer« durch die westlichen Industriemultis. Sie führt dazu, daß traditionelle Kulturen verschwinden und ein »Globalisierungsdruck« der Industrieländer auf die »kolonisierten« Länder des weltwirtschaftlichen Südens ausgeübt wird.
- Eine zunehmende Weltmarktintegration und Wettbewerbsfähigkeit der neu industrialisierten Schwellenländer und
- ein verschärfter Anpassungsdruck auf einzelne Unternehmen, Branchen und Regionen in den Industrieländern (vgl. Hengsbach 1997, S 4).

Mit dem letzten Aspekt will ich mich in diesem Beitrag hauptsächlich befassen. Und ich will danach fragen, welche

Auswirkungen dieser Anpassungsdruck auf die Arbeitsplätze der Frauen hat, die in den Industrieländern wie auch in den Ländern des Südens noch dabei sind, sich den Zugang zur bezahlten Arbeit zu erkämpfen. Sie spielen die Pionierrolle, wenn es um die Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse geht. Die auf Deregulierung von ArbeitnehmerInnenrechten verbundene Strategie schwappt auch auf Männerarbeitsverhältnisse über.

Eigentlich ist Globalisierung eine neue Bezeichnung für eine ziemlich alte Form von Weltwirtschaftspolitik. Allerdings erleichtern neu entwickelte Computersysteme eine Überwindung von räumlichen Entfernungen gegenüber früher erheblich. »Die Globalisierung der Arbeitsmärkte zwingt uns« oder »wenn wir nicht weiter deregulieren, die Arbeitskräfte nicht noch flexibler einsetzen können, sind wir nicht wettbewerbsfähig«. Diese Sätze werden den ArbeitnehmerInnen seit Jahren eingetrichtert, ergänzt durch: »Der Standort Deutschland muß erhalten bleiben«. Globalisierung und Standortfrage rechtfertigen scheinbar einfach jede Deregulierung erkämpfter ArbeitnehmerInnenrechte. Der gesellschaftliche Einfluß der Gewerkschaften soll untergraben werden, die Konkurrenz zwischen den ArbeitnehmerInnen und zwischen ArbeitnehmerInnen und Arbeitnehmern, zwischen alten und jungen, Einheimischen und MigrantInnen, Arbeitsplatz»besitzern« und Arbeitslosen wächst ins Unermeßliche.

In den Produktions- und Dienstleistungsbetrieben und auch draußen vor der Tür weht oft ein eisiger Wind. Kein Job scheint mehr sicher, sogar das mittlere Management und ComputerspezialistInnen bangen um ihren Arbeitsplatz. Denn es gibt im Zuge der Rationalisierungsschübe, des damit verbundenen Arbeitsplatzabbaus und der Modernisierung der Wirtschaft ModernisierungsverliererInnen und -gewinnerInnen.

Die Horrormeldungen erreichen uns täglich. Nachrichten über anstehende Entlassungen, über Betriebsverlagerungen in Billiglohnländer«, über Firmen- oder Betriebsteilschließungen, über Kürzungen von Sozialleistungen, wachsende Staatsschulden, steigende Erwerbslosenzahlen, über mangelhafte internationale Konkurrenzfähigkeit, sinkenden Export, Naturzerstörungen, Abwertung von Qualifikationspotentialen; über zerstörte Karrieren, die nicht mehr gekittet werden können und verletzte Menschen mit Wunden, die nicht mehr geheilt werden können. Oft reicht schon die Drohung mit der Auslagerung von Firmen und Firmenteilen, um Standortwünsche durchzusetzen, den Widerstand der ArbeitnehmerInnen gegen Deregulierung und Flexibilisierung zu brechen. Die Billiglohnkonkurrenz alleine kann die Arbeitsplatzverluste in den Industrieländern nicht rechtfertigen, denn sie sind in erster Linie auf die Konkurrenz zwischen den multinationalen Unternehmen und daraus resultierende Rationalisierung zurückzuführen.

Aus deutscher Sicht heißt Globalisierung vor allem Europäisierung. Dies deshalb, weil mehr als zwei Drittel des Außenhandels und auch der Direktinvestitionen deutscher Unternehmen innerhalb Westeuropas abgewickelt werden.

Der Staat übernimmt in der neoliberalen Gesellschaft mehr und mehr die Rolle des Ordnungshüters, sein korrigierender Einfluß

über die öffentlichen Haushalte und über Gesetze und Verordnungen nimmt mit steigendem Sozialabbau mehr und mehr ab; überall wo es keine mächtigen Interessengruppen verhindern, wird gekürzt. Das hat Auswirkungen auf die Arbeit der Frauen, denn viele Arbeiten, die vorher bezahlt geleistet worden sind, werden reprivatisiert und refamilialisiert, das heißt, auf die Schultern von Frauen verlagert. Das kostet bezahlte Frauenarbeitsplätze und maximiert das Quantum der unbezahlten Arbeit von Frauen.

Obwohl Experten darauf verweisen, daß die Globalisierung nicht als wesentliche Ursache für Erwerbslosigkeit in der BRD verantwortlich gemacht werden kann (vgl. Hirst/Thompson 1996, S. 1ff.), weil nur 1,2 Prozent der gesamten Importe der westlichen Industrieländer aus sogenannten »Billiglohnländern« stammen, kann nicht übersehen werden, daß von der Konkurrenz gering qualifizierter und bezahlter Jobs mit den »Tigerstaaten« in Asien oder Osteuropa besonders Branchen mit arbeitsintensiver Produktion, und das berührt vor allem Frauenarbeitsplätze, durchaus betroffen sind (vgl. Wichterich 1997).

Von wesentlich größerer Bedeutung ist allerdings die Internationalisierung des Geld- und Finanzkapitals und die damit einhergehende Veränderung der Unternehmenskultur finanzkräftiger Unternehmen, für die es lukrativer ist, ihre Gewinne auf internationalen Finanz- und Kapitalmärkten anzulegen, anstatt in Arbeitsplätze zu investieren. Globalisierung ist somit kein Sachzwang, sondern ein durch wirtschaftliche und politische Entscheidungen verursachter Prozeß.

Eine notwendige Vorbemerkung

Der Prozeß der Globalisierung trifft ganz offensichtlich (viele) Frauen anders als (viele) Männer. Dennoch sind sie nicht vor allem als Gruppe, sondern nach Klasse und Ethnizität unterschiedlich betroffen. In den industrialisierten Ländern gibt es mehr Frauen als Männer, die zu den Randbelegschaften zählen, und mehr Männer als Frauen, die zu den Stammebelegschaften gehören. Diejenigen, die ganz aus dem Erwerbsarbeitsprozeß herausfallen, sind ebenfalls überwiegend Frauen und überproportional betroffen sind die sogenannten »Geringqualifizierten« und vor allem die Migrantinnen. Aber die Tatsache, daß die Armut weltweit zunimmt und daß 70 Prozent der armen Menschen auf der Welt Frauen sind, zeigt, daß es einen Zusammenhang zwischen Hunger auf der einen Seite und Weltmarktproduktion auf der anderen Seite gibt. Und die Tatsache, daß Frauen auf der Seite der Hungernden in größerem Maße vertreten sind, zeigt, daß die Strukturkategorie Geschlecht einen Einfluß auf die Ausprägung sozialer Ungleichheit hat. Feminisierung der Armut ist bereits seit den achtziger Jahren ein stehender Begriff.

Die Analyse der geschlechtsspezifischen Auswirkungen der weltgesellschaftlichen Globalisierung wird meist vernachlässigt. Sie ist aber ebenso wichtig, wie die Betrachtung der ökonomischen, ökologischen und politischen Auswirkungen. Was bedeutet die »neue« internationale Arbeitsteilung für Frauenleben und -arbeit?

Bereits in den siebziger Jahren verstärkte sich die seit langem

vorhandene Auslagerung von Produktionsschritten in in- und ausländische Klein- und Mittelbetriebe (outsourcing). Die internationale Arbeitsteilung wurde forciert, indem verstärkt arbeitsintensive Produktionsschritte der Bekleidungs- und Elektronikindustrie aus den Industrienationen des Nordens in Länder Südeuropas, Nordafrikas, Ostasiens und Lateinamerikas ausgelagert wurden. Damit wurden die Lohn- und Lohnnebenkosten in den hochindustrialisierten Ländern sukzessive abgebaut. Das kostete schon damals Frauenarbeitsplätze. Denn arbeitsintensive Produktion wurde und wird weit überwiegend durch Frauen ausgeführt. Meist sind das heute sogenannte »Restarbeiten«, die (noch) nicht durch Maschinen ersetzt werden können, jedenfalls nicht billiger, als sie jetzt durch Frauenhände erledigt werden. Frauen arbeiten in den »Billiglohn-Ländern« – wie der Name schon sagt – billiger. An diesen niedrigen Löhnen orientieren sich auch die einheimischen Unternehmen. Auch ihnen geht es darum, Lohnnebenkosten und Steuern zu sparen. Und die Frauen arbeiten in den »Billiglohnländern« auch williger, denn gewerkschaftlich sind ganz wenige organisiert. Das schwächt bekanntlich die Gegenmacht.

Die Schwellenländer Südasiens verdanken ihre als Wirtschaftswunder gepriesenen hohen Wachstumsraten den Millionen Frauen, die die Weltmarktfabriken in einem globalen Rotationsverfahren in ihren Sog zogen und wieder ausspuckten. Vor allem junge Frauen wurden zu Dumpinglöhnen eingestellt und nach ein paar Jahren, nach der Heirat oder nach der Familiengründung wieder entlassen, wie das in der Bekleidungsindustrie in der BRD ebenfalls lange der Fall war. Christa Wichterich berichtet, daß alleine in Südostasien die Erwerbstätigkeit von Frauen seit 1970 von 25 auf 44 Prozent stieg. In Bangladesh entstanden in knapp 20 Jahren 700 000 Arbeitsplätze (1997).

Dagegen wurden in der BRD zwischen 1970 und 1995 in der Textil- und Bekleidungsindustrie 70 Prozent der ehemals 900 000 Arbeitsplätze abgebaut – wiederum weit überwiegend Frauenarbeitsplätze. Der Kahlschlag in der Ex-DDR war noch gründlicher: Von 320 000 Arbeitsplätzen in der Textilbranche blieben nur 26 500 übrig (vgl. Ebenda). Besonders betroffen war die Textil- und Bekleidungsindustrie in Sachsen, wo vor 93 Jahren »Sachsens bedeutsamster Arbeitskampf«, der Streik der Textilarbeiterinnen von Crimmitschau um den 10-Stunden-Tag, höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen ausgetragen wurde und in die Geschichte eingegangen ist (vgl. Notz 1994). In Sachsen ist die Textilindustrie heute fast völlig »abgewickelt«.

Die betroffenen Frauen sehen schon mit 40 Jahren im wahrsten Sinne des Wortes alt aus. Andere Arbeitsplätze stehen ihnen nicht zur Verfügung. »Arbeitslos, über 40, weiblich« ist der Titel einer 1992 aufgelegten Broschüre aus Berlin (Senatsverwaltung für Arbeit und Frauen 1992). Mit der Steigerung der Erwerbslosenquoten während der letzten Jahre und Monate wird es immer deutlicher: Wenn diese drei Stigmata zusammenfallen, stehen die Chancen schlecht. 1993 waren von den erwerbslosen ostdeutschen Frauen fast die Hälfte (48 Prozent) 40 Jahre und älter.

Das Ausbleiben des Widerstandes in Form größerer Streiks und

die unterbliebene Unterstützung durch (immer noch) männerdominierte Gewerkschaften hängt wie in der Vergangenheit damit zusammen, daß den Frauen der »Arbeitsplatz Familie« schmackhaft gemacht werden soll, anstatt ihre Kämpfe um die Erhaltung von Arbeitsplätzen zu unterstützen. Wenn Entlassungswellen vor allem Männerarbeitsplätze betrafen, konnten die betroffenen Männer auf die Unterstützung durch die Frauen rechnen (z. B. Bischofferode, Bergarbeiterketten im Ruhrgebiet).

Die neue Phase der globalisierten Arbeitsteilung zeichnet sich nicht nur durch die wachsende Geschwindigkeit der Produktionsverlagerungen und die immer stärkere geographische Fragmentierung einzelner Herstellungsabläufe aus. Die transnationalen Konzerne beschränken ihre Aktivitäten nicht mehr auf den Produktionssektor. Sie haben sie auf den Dienstleistungssektor, in dem weltweit mehr Frauen als Männer arbeiten, ausgedehnt. Europaweit arbeiten dort 75 Prozent der weiblichen, gegenüber 51 Prozent der männlichen Beschäftigten (Altvater/Mahnkopf 1996, S. 296). Auch Hotelketten, Banken und Versicherungen operieren mit Hilfe von modernen Informations- und Kommunikationstechnologien weltweit und Konzerne bieten Werbung, Marktforschung, Buchführung, Management- sowie Rechtsberatung und Datenverarbeitung u. a. ebenfalls weltweit an. Frauen sitzen ›on-line‹ in Satellitenbüros oder zu Hause am Computer, müssen ihre Wohngebiete nicht mehr verlassen und können stundenweise »dazuverdienen«.

Das spart den Ausbau öffentlicher Verkehrsnetze und pädagogischer Infrastruktur für Betreuung und Erziehung von Kindern. Es spart auch Einrichtungen zur Pflege und Fürsorge von alten Menschen und anderen, die sich nicht selbst helfen können. Und es kanalisiert den ungezügelten Drang der Frauen nach Beteiligung an der Erwerbsarbeit auf ein erträgliches Maß.

Die gestiegene »Erwerbsneigung« der Frauen

Weltweit »drängen« immer mehr Frauen auf den Erwerbsarbeitsmarkt und sie sind – trotz allgemein hoher Erwerbslosigkeit – nicht bereit, an den heimischen Herd zurückzukehren. 41 Prozent der Beschäftigten sind weltweit Frauen, in den industrialisierten Ländern sind es 34 Prozent (Wichterich 1997). Die Tendenz ist (fast) überall steigend. Lediglich in Mittel- und Osteuropa »verschwinden« Frauen vom Erwerbsarbeitsmarkt. In Dänemark, das bereits ein hohes Ausgangsniveau der Frauenbeschäftigung aufzuweisen hat, ist sie 1995 um 0,4 Prozent zurückgegangen und in Schweden ist sie mit der gleichen Rate gewachsen, wie die Gesamtbeschäftigung (Europäische Kommission 1996). In Ländern mit einem niedrigen Ausgangsniveau ist die Frauenbeschäftigungsrate hingegen merklich gestiegen (z. B. in Spanien 1995 um 4,1 Prozent). In der Bundesrepublik liegt die Frauenerwerbsquote inzwischen bei 74 Prozent (Ost) und 60 Prozent (West). Trotz Verschlechterung der sozialen Infrastruktur ist besonders für Ost-Frauen das Modell der traditionellen Versorger-Ehe nicht attraktiv (vgl. iwd 1997, S. 2). Der Verzicht auf eine eigenständige Karriere zugunsten des Mannes wird von den wenigsten akzeptiert (vgl. Statistisches Bundesamt 1997).

Trotz der steigenden Erwerbsbeteiligung der Frauen liegt die Erwerbsquote der Männer in allen Ländern, für die Daten verfügbar sind, nach wie vor über der der Frauen. Und die Zuwachsraten von Frauen auf dem Arbeitsmarkt bleiben weltweit hinter der Steigerung ihres Bildungsniveaus zurück. Allerdings arbeiten Frauen überall auf der Welt mehr Stunden als Männer. Im Durchschnitt tragen Frauen in den »Entwicklungsländern« 53 Prozent und in den Industrieländern 51 Prozent der Gesamtarbeitsbelastung. Doch im Gegensatz zu den Männern, die weltweit zu mehr als drei Vierteln bezahlte Tätigkeit leisten, wird ein großer Teil ihrer Arbeit nicht entlohnt. In den Industrieländern entfallen ca. zwei Drittel der Gesamtarbeitszeit von Männern auf bezahlte und ein Drittel auf unbezahlte Tätigkeiten, das sind Arbeiten im Haushalt und für das Gemeinwesen. Bei den Frauen ist das Verhältnis genau umgekehrt, sie verbringen ein Drittel ihrer Gesamtarbeitszeit mit marktorientierten Tätigkeiten (UNDP, S. 95 ff.).

Dennoch ist zumindest in den Industrieländern die gestiegene Erwerbsneigung der Frauen der Hauptgrund dafür, daß man nicht mehr einfach davon ausgehen kann, daß Haus- und Familienarbeiten, unbezahlte soziale Arbeiten – und die Subsistenzarbeiten – unentgeltlich durch Hausfrauen (als Ehefrauen, Mütter, Großmütter) geleistet werden. Das führt nicht selten zu Konflikten.

Es ist noch ein zweiter Grund, weshalb die weltweit zunehmende Beteiligung der Frauen an der bezahlten Lohnarbeit beklagt wird: Sie wird immer wieder als Ursache der Massenarbeitslosigkeit genannt. In der Bundesrepublik Deutschland ist es die gestiegene (West) oder ungebrochene (Ost) Erwerbsneigung der Frauen, die rezipiert wird, als seien die Frauen mit einer unheilbaren (Ost) oder ansteckenden Krankheit (West) geschlagen. Folgerichtig – so Meinhard Miegel vom Institut für Wirtschaft und Gesellschaft in Bonn – ist dann auch die größere »Erwerbsneigung« in den neuen Bundesländern die Ursache für die höhere Erwerbslosenquote in Ostdeutschland. Sie müsse auf ein »Normalmaß« zurückgedreht werden, betonen Politiker seit dem Zusammenschluß der beiden deutschen Staaten immer wieder. Wobei mit »Normalmaß« die Erwerbsbeteiligung der westdeutschen Frauen in den sechziger und siebziger Jahren gemeint ist. Waren die Frauen dazu bereit, wäre die Zahl der Erwerbspersonen in Westdeutschland um rund drei Millionen geringer und damit die Arbeitslosigkeit weit weniger brisant« (Miegel 1996, S. 20). Eine wahrhaft simple Ursachenforschung. Miegel betont ausdrücklich, er wolle Frauen nicht zurück an den Herd drängen, verweist aber gleichzeitig darauf, »daß nicht nur in Deutschland jüngere, gut qualifizierte Frauen zunehmend ältere, oft weniger qualifizierte Männer aus dem Arbeitsmarkt drängen«.

Tatsächlich betrifft die Erhöhung des Erwerbspersonenpotentials in der Alt-BRD zwischen 1973 und 1996 um ca. sechs Millionen mehrheitlich Frauen. Auch beim Anstieg der erwerbstätigen Personen im gleichen Zeitraum um 1,2 Millionen sind Frauen überproportional beteiligt (vgl. IAB V/1/1996). Sieht man sich die Arbeitsplätze und Arbeitstätigkeiten an, so sind Frauen bestenfalls quantitative Gewinnerinnen, jedoch qualitative Verliererinnen auf

dem Arbeitsmarkt. Denn die Arbeitsplätze, die sie innehaben, werden immer flexibler und immer prekärer. Die qualitativen Verluste beziehen sich nicht ausschließlich auf Verluste an Arbeitszeit und zur Sicherung der existenznotwendigem Geldeinkommen, sondern auch auf verschlechterte Arbeitsbedingungen im Blick auf dequalifizierte Anforderungen und neue, schwerwiegende psychische und physische Belastungen; oftmals dort, wo neue Techniken, Arbeitsorganisationen oder ›lean production‹ u. a. Managementmethoden eingesetzt werden.

Die radikale Flexibilisierung der Arbeitszeit wird immer wieder als Kern der Wettbewerbsfähigkeit auf dem globalen Markt genannt. Eine lebenslange existenzsichernde Vollbeschäftigung ist für Frauen somit fast überall die Ausnahme. Die Regel sind »Patchworkkarrieren« mit Unterbrechungen wegen Erziehungs- und Pflegezeiten oder Erwerbslosigkeit, mit beruflicher Ausgliederung und mehr oder weniger gelungener Wiedereingliederung, gelegentlicher Beschäftigung, geringfügiger Beschäftigung oder unbezahlter »ehrenamtlicher« Arbeit.

Die Vereinten Nationen haben den Trend – immer mehr Frauen bewegen sich immer flexibler in immer prekäreren Erwerbsarbeitsverhältnissen – »Feminisierung der Beschäftigung« genannt. Flexible Erwerbsarbeitsstrukturen gelten weltweit als »weibliche Beschäftigungsmuster«, färben zunehmend jedoch auch auf Männer ab. Frauen sind weltweit lediglich die Pionierinnen dieser neuen Arbeitsorganisation.

Die Situation von Frauen auf dem Arbeitsmarkt

Die rasanten Umwälzungen auf dem Arbeitsmarkt werden zur Folge haben, daß Frauen vom Menschenrecht auf Arbeit, das ihnen nach der Menschenrechtserklärung, die die Vereinten Nationen 1948 verabschiedet haben, zusteht, tendenziell noch mehr ausgeschlossen werden, und das weltweit (vgl. Notz 1996). Zumindest, was die Exklusion aus existenzsichernder Arbeit betrifft, werden Frauen in immer stärkerem Maße betroffen sein. Immer mehr Frauen werden verarmen und in Abhängigkeiten von (Ehe)Männern und Staat geraten. Dies, obgleich das Wirtschaftswachstum in den reichen Industrieländern stetig zunimmt.

Auch in der BRD wird – vor allem auch im Rahmen der Standortdebatte – die globalisierte Wirtschaft verantwortlich gemacht dafür, daß einmal erkämpfte Rechte zurückgedrängt werden, Arbeitsplätze in immer kleinere Portionen zerlegt werden und viele ArbeitnehmerInnen sich damit abfinden müssen, daß ihr Platz nicht auf dem ersten Arbeitsmarkt sein kann. Ihre »mangelnde Flexibilität« wird – neben anderen Problemen, die (fast) immer bei den ArbeitnehmerInnen selbst liegen – dafür verantwortlich gemacht, daß das Erwerbslosenproblem in absehbarer Zeit nicht gelöst werden kann. Es ist aber auch die Angst vor Erwerbslosigkeit oder vor noch schlechteren und schlechter bezahlten Arbeitsbedingungen, die instrumentalisiert wird für eine Umverteilungspolitik zu Lasten weiter Bevölkerungskreise und vor allem von Frauen.

Es ist die Globalisierung des kapitalistischen Wirtschaftssystems, die den Wettbewerb um Investitionen und Arbeitsplätze in

allen Weltregionen verschärft. Der Standortwettbewerb führt dazu, daß Frauen, die immer noch und immer wieder als Hausfrauen und Zuverdienerinnen betrachtet werden, überproportional erwerbslos werden und damit von Armut betroffen sind. Sie werden als Arbeitsmarktreserve und »Lohndrückerinnen« mißbraucht und gegen Männer, aber auch gegeneinander ausgespielt (vgl. ASF o. J., S. 16). Leider lassen sich (viel zu viele) Frauen immer wieder auf diese Strategien ein.

Das Recht der Frauen auf Erwerb, wie es die Frauen der ersten Frauenbewegung, allen voran Louise Otto (1866), bereits gefordert hatten, wird – wenn es um eine eigenständige Existenzsicherung geht – in Ost und West, europaweit und darüber hinaus – wieder mit Füßen getreten. In allen europäischen Ländern geht die steigende Beschäftigungsquote mit einer steigenden Erwerbslosenquote einher. 1995 waren europaweit 9,4 Prozent der männlichen Erwerbsbevölkerung und 12,5 Prozent der weiblichen erwerbslos (Europäische Kommission 1996). Daneben ist es die zunehmende Flexibilisierung und Deregulierung gerade von typischen »Frauenarbeitsplätzen«, die zum Fortbestehen des »gender bias« beiträgt.

Feminisierung und Ent-Feminisierung der Arbeit

Vor allem neue Produktionskonzepte (»lean-management« etc.), die ursprünglich bedeuteten, den Apparat eines Unternehmens so klein wie möglich zu halten und Hierarchien abzubauen, führen in den Industrieländern zu einer weiteren Spaltung in Stamm- und Randbelegschaften. Für die Stammelegschaften werden Männer bevorzugt. Frauen arbeiten an den Rändern unter prekären Arbeitsverhältnissen, mit geringfügiger Beschäftigung, nicht existenzsichernder Teilzeitarbeit, insgesamt in sogenannten »bad jobs«, im informellen Sektor oder als »neue Selbständige«. Besonders sogenannte »geringqualifizierte« Frauen verschwinden eher als Männer aus der Güterproduktion, während Männer in Frauendomänen der Dienstleistung vordringen (Handel, Banken, Kredit- und Versicherungsgewerbe etc.). Europaweit finden wir in diesen Bereichen neue Erwerbsarbeitsplätze, gleichzeitig sinkt die »Feminisierungsrate«. Diesen Verdrängungseffekt erleben Frauen im Transformationsprozeß in Ost- und Zentraleuropa ebenso wie in Ostdeutschland aktuell: Männer werden in den ehemals staatlichen, jetzt privatisierten Unternehmen bevorzugt eingestellt (vgl. Altwater/Mahnkopf 1996, S. 298, auch Holst/Schupp 1994). Trotz formal hoher Qualifikationen bleiben den Frauen dann schlechter bezahlte Positionen im öffentlichen und atypische Beschäftigungsverhältnisse im »informellen« Sektor.

Flexibilisierung, Deregulierung und Prekarisierung lassen eindeutig geschlechtsspezifische Diskriminierungen erkennen. Regelungen von Arbeitszeiten und Gestaltung der Arbeitsverträge sind für Frauen im Durchschnitt ungünstiger als für Männer (vgl. Altwater/Mahnkopf 1996, S. 313). Obwohl auch in der Bundesrepublik gerade Frauenarbeitsverhältnisse immer weiter ausgehöhlt werden, wird von Politikern und auch von Medien der Blick über die Grenzen, nach den USA, Großbritannien und den Niederlanden empfohlen. Dort entstehen massenweise neue Jobs. In den

»Reformländern« lautet das Motto ganz eindeutig: lieber einen Billigjob als gar keinen Job. Die »Working poor« kehren zurück auf die Tagesordnung. Wie schon zu Beginn der Industrialisierung ist England wegweisend. Jedes dritte britische Kind wächst bereits heute in Armut auf und 1,5 Millionen Kinder unter 16 Jahren müssen mangels sozialer Unterstützung arbeiten (Martin/Schumann 1996, S. 283). Die Zahl der AnalphabetInnen steigt. In der reichen BRD hat der Prozeß gerade erst begonnen. Und der Preis des Jobwunders ist besonders für Frauen hoch: Ihre Arbeit ist es auch in den »Reformländern« vor allem, die halbiert oder in noch kleinere Portionen aufgeteilt wird – ohne jeden Lohnausgleich. Frauen sind es vor allem, die viel leisten und wenig kosten

Frauen arbeiten im Büro und in der großen und kleinen Fabrik, im sozialen Ehrenamt, in der Familie, im eigenen Haushalt, im Haushalt der Eltern, der Kinder und in fremden Haushalten. Der Wechsel zwischen Erwerbslosigkeit, Familienarbeit, »Ehrenamt«, der (oft selbst finanzierten) Weiterbildung und erneuten Jobsuche wird in den Industrieländern gängige Praxis.

Um Haus- und Sorgarbeiten und Berufsarbeit zu vereinbaren, nehmen Frauen geringfügige und andere ungeschützte Beschäftigungsverhältnisse und Teilzeitverhältnisse ohne eigenständige Existenzsicherung an. Im Europäischen Durchschnitt ist der Anteil der Teilzeitbeschäftigten von 12,5 Prozent im Jahre 1985 auf 16,0 Prozent im Jahre 1995 angestiegen. Betrachtet man sich die geschlechtsspezifische Verteilung, so fällt auf, daß der Anteil der teilzeitarbeitenden Frauen im gleichen Zeitraum von 27,3 Prozent auf 31,3 Prozent gestiegen ist, der der Männer von 3,4 Prozent auf 5,2 Prozent (Europäische Kommission 1996). Über ein Drittel der abhängig beschäftigten Frauen arbeitet auch in der BRD weniger als die »Normalarbeitszeit«. Verstärkt wird von allen Seiten an die Solidarität der ArbeitnehmerInnen appelliert, die Arbeit doch untereinander aufzuteilen. Teilzeitarbeit ist nicht per se eine prekäre Beschäftigungsform. Wichtig ist das Niveau der gesetzlichen und tarifvertraglichen Absicherung, und das variiert europaweit beträchtlich. In der BRD arbeitet die Mehrzahl der Teilzeitarbeitenden zwischen 18 und 20 Stunden wöchentlich. Eine Verkäuferin in Ost-Berlin verdient mit sieben Jahren Berufserfahrung DM 1 700 netto und in Westberlin DM 2 050. 37,5 Prozent aller Frauen, die 40 Stunden und mehr arbeiten und 53 Prozent der erwerbstätigen Frauen insgesamt verdienen nach den Zahlen des Statistischen Bundesamtes weniger als 1 800 DM netto. Diese Frauen haben nichts zu teilen. EU-weit sind 70 bis 90 Prozent aller Teilzeitbeschäftigten weiblich.

In allen EU-Ländern (mit Ausnahme der skandinavischen Länder) ist die Zunahme der Frauenerwerbstätigkeit auf die Zunahme von Teilzeitarbeit zurückzuführen. In Westdeutschland leisteten 1996 bereits 18,8 Prozent der Beschäftigten Teilzeitarbeit. Das sind 3,6 Prozent aller erwerbstätigen Männer, aber 37,7 Prozent der erwerbstätigen Frauen (vgl. IAB V/1-1/97). In Großbritannien sind über zwei Drittel der seit 1993 geschaffenen Stellen Teilzeitstellen. Fast die Hälfte (44,3 Prozent) aller erwerbstätigen Frauen arbeitet in dieser Arbeitsform, aber nur 5,5 Prozent der Männer. In den

Niederlanden, die als das gelobte Land der Teilzeitmöglichkeiten gepriesen werden, sind 34,3 Prozent aller Jobs Teilzeitjobs. Sieht man sich die geschlechterspezifische Verteilung an, so sind es 67,2 Prozent aller erwerbstätigen Frauen, die weniger als die kollektiv vereinbarte Arbeitszeit arbeiten, aber nur 16,7 Prozent der Männer. Dafür leisten Frauen auch 70 Prozent der unbezahlten Arbeiten im Haus und im Ehrenamt und nur 0,66 Prozent der unter dreijährigen Kinder brauchen einen Krippenplatz, weil die anderen zu Hause versorgt werden können (vgl. Notz 1997a). Erwerbstätigkeit und Familie lassen sich in vielen Ländern (dazu gehört auch die BRD-West) nur durch Teilzeitarbeitsplätze vereinbaren. Zudem ist Teilzeitarbeit geeignet, den Arbeitsmarkt zu entlasten. Die Konsequenz der aktuellen Ausweitung der Teilzeitstellen ist, daß die Vollzeitstellen sinken. Den Arbeitgebern wird es möglich, »Mitarbeiterpotentiale« voll auszuschöpfen. Eine McKinsey-Studie hat für Teilzeitkräfte eine um rund 10 Prozent höhere Stundenproduktivität errechnet. Sie sind motivierter, produktiver und haben deutlich weniger Fehlzeiten als Vollzeitarbeitende.

Freilich äußern viele Frauen mit kleinen Kindern oder pflegebedürftigen Personen im Hause den Wunsch nach kürzeren Arbeitszeiten. Fragt man sie, wovon sie leben wollen, so erfährt man, daß sie ihre Existenz aus eigener Arbeit sichern möchten (vgl. Notz 1991). Das ist den weitaus meisten Teilzeitarbeiterinnen verwehrt. Frauen, die von dem aktuell erzielten Einkommen nicht leben können, bauen auch keine oder nur wenige Rentenansprüche auf. Häufig ist Altersarmut die Folge. Nach einer Untersuchung des Instituts der Deutschen Wirtschaft wünschen sich viele Teilzeitbeschäftigte eine Aufstockung ihrer Arbeitszeit, die in die Nähe einer 30-Stunden-Woche geht.

Die Arbeitgeber sind an einer solchen Aufstockung wenig interessiert, denn sie sparen Sozialabgaben, indem sie Vollzeit- in Teilzeitarbeitsplätze und in geringfügige Beschäftigung umwandeln. In den Bereichen mit »typischen Frauenarbeitsplätzen« sind geringfügige Beschäftigungsverhältnisse in der BRD zur »Normalarbeit« geworden. So z. B. bei 90 Prozent der Putzarbeiten und 90 Prozent der Heimarbeiten. 35 Prozent der Teilzeitkräfte arbeiten auch in den Niederlanden im sozialen Niemandsland der »geringfügig Beschäftigten«, ohne Kündigungsschutz und ohne soziale Absicherung. »Working poor« (»trotz Arbeit arm«) – ein Begriff, der aus USA kommt – ist auch in den Ländern der EU verbreitet. Eine Art der »Arbeitsumverteilung« auf Kosten von Frauen, die noch immer im Zusammenhang mit dem »Haupternährer« als »Zuverdienerin« betrachtet werden. Ohne Kündigungsschutz und ohne soziale Absicherung, in der BRD sogenannte 620-DM-Jobs (West) und 520-DM-Jobs (Ost), arbeiten aber auch Alleinerziehende und viele andere Frauen, die sich selbst und evtl. noch Familienmitglieder ernähren müssen. In der BRD wird nach dem Bericht der Rentenkommission vom 27. Januar 1997 von 6,4 Millionen geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse ausgegangen (vgl. DGB-NRW 1997, S. 6). Der Frauenanteil war 1992 bundesweit auf 68 Prozent, in den alten Bundesländern sogar auf 70,5 Prozent zu beziffern (vgl. ISG 1993). Das Argument, daß die mei-

sten dieser Frauen über ihre Ehemänner gesichert seien, trifft nicht zu. Viele der »geringfügig Beschäftigten« würden gerne längere Zeit Erwerbsarbeit ausführen, wenn sie die Chance dazu hätten, denn solche Arbeitsverhältnisse haben nicht nur für das Fortkommen im Beruf, sondern auch für die eigenständige soziale Sicherung im Alter katastrophale Auswirkungen. Nach einer in Hessen erstellten Studie (Möller/Müller 1990) hatten 94 Prozent der befragten in ungeschützten Beschäftigungsverhältnissen arbeitenden Frauen im Alter eine Eigenrente von im Höchstfall 1 500 DM. Mehr als die Hälfte der Rentnerinnen erreichte nicht einmal 600 DM Monatsrente.

»Working poor« und Armut im Alter gilt auch für die viel propagierten »neuen Selbständigen« (Frauen). Von Politikern wird die »Existenzgründung« als Allheilmittel gegen Erwerbslosigkeit gepriesen. In der Zeit von 1979 bis 1990 stieg in 12 von 20 OECD-Ländern die Zahl der Selbständigen sogar schneller als die der Erwerbsspersonen außerhalb der Landwirtschaft. Besonders hohe Wachstumsraten verzeichneten Belgien, Irland, Portugal, Italien und Großbritannien (vgl. OECD 1992, S. 156). Nicht verschwiegen werden sollte, daß sich die Selbständigkeit oft als Scheinselbständigkeit entpuppt (vgl. Notz 1997c).

In der BRD machen Frauen ca. ein Drittel aller Selbständigen aus (vgl. Statistisches Bundesamt 1994). Die Schwerpunkte der Existenzgründung liegen im Dienstleistungsbereich (ca. 57 Prozent West und Ost) und im Handel (26 Prozent West, 37 Prozent Ost). Im produzierenden Gewerbe finden wir nur zwölf Prozent Frauen im Westen und sechs Prozent im Osten. Innerhalb der gewinnträchtigen Branchen dominieren eindeutig die Männer. Frauenbetriebe arbeiten meist mit geringem Kapitaleinsatz und Jahresumsatz. Über 50 Prozent der Unternehmen bestehen nur aus der Gründerin selbst. Die oft hervorgehobenen Arbeitsplatzeffekte sind also gering. Ca. die Hälfte derjenigen, die Beschäftigte haben, haben ein bis zwei Angestellte. Besonders in den neuen Bundesländern ist der Anteil der über 40jährigen Frauen hoch. Sie verfügen über umfangreiche Erfahrungen und Kenntnisse, haben aber auf dem Arbeitsmarkt kaum Chancen. Über die Hälfte der Unternehmensgründungen erfolgt wegen drohender oder bestehender Erwerbslosigkeit. Es ist die Not, die gründerisch macht und auch erfinderisch. Die Hoffnung auf das große Geld haben die meisten Frauen von vornherein nicht.

Die Hälfte der »selbständigen« Frauen (Ost 53 Prozent, West 41 Prozent) kann sich weniger als 1 800 DM auszahlen. Fast ein Viertel der Frauen müssen mit einem monatlichen Nettoeinkommen von unter 1 000 DM auskommen. Viele Existenzgründungen arbeiten also faktisch mit »ungeschützten Beschäftigungsverhältnissen«. Das heißt für die Gründerinnen und deren Arbeitnehmerinnen – oft Aushilfskräfte, befristete Arbeitsverhältnisse, Leih- und Familienarbeiterinnen – jetzt und im Alter fehlende eigenständige Existenzsicherung und Abhängigkeit von anderen Personen, meist vom (Ehe)Mann.

Die Grenzen zwischen »Arbeitnehmerin« und »selbständiger Unternehmerin«, zwischen formellem und informellem Sektor

scheinen in Auflösung. Neben neuen Beschäftigungschancen entstehen neue soziale Risiken. Für die Zukunft erscheint eine Unterscheidung zwischen Unternehmerin, neuer Selbständigkeit und Scheinselbständigkeit sinnvoll. Scheinselbständigkeit ist Bestandteil der Ausdifferenzierung und der Ausbeutung von Arbeitskraft. Die Facetten dieser Beschäftigungsart sind mittlerweile vielfältig. Sie betreffen auch viele Heim- und Telearbeiterinnen, die ebenfalls Bestandteil vieler Umstrukturierungsprozesse sind.

Auch bei der sich weltweit ausbreitenden »Hinterland-, Hinterhof- und Straßenökonomie des informellen Sektors« (Alt Vater/ Mahnkopf 1996, S. 300) handelt es sich zum großen Teil um Frauenarbeit. Allein in Lateinamerika finden hier bereits mehr als 30 Prozent aller außerhalb der Landwirtschaft Tätigen ihre Beschäftigung. Der informelle Sektor wird oft als Übergangsphänomen oder als »Überbleibsel traditioneller Arbeits- und Lebensverhältnisse« beschrieben (vgl. Ebenda. S. 302). In Wirklichkeit ist er eng mit dem formellen Sektor verbunden und nimmt die Arbeitskräfte auf, die dort verdrängt werden.

Neuerdings gilt der Bereich der personenbezogenen Dienstleistungen als Wachstumssegment des Arbeitsmarktes. Wobei davon ausgegangen wird, daß die Zunahme der höherentlohnenden weiblichen Erwerbstätigkeit, verbunden mit steigenden beruflichen Anforderungen, einen Anstieg der haushaltsorientierten Dienstleistungsangebote bedingt, weil die Nachfragen nach flexiblen »Einfachdienstleistungen« im Servicebereich (private Kinderbetreuung, Reinigungshilfen, Wäscheversorgung, Einkaufshilfen etc.) zunehmen. Über das tatsächliche Ausmaß der Beschäftigungseffekte sind sich Experten in der BRD uneinig: mindestens erwarten sie jedoch eine Million neuer Arbeitsplätze alleine in Privathaushalten (vgl. Notz 1997, S. 18ff.).

In dem Maße, in dem bezahlte Arbeiten eingespart werden, dehnen sich unbezahlte, wiederum durch Frauen geleistete Arbeiten aus. In den Ländern des Südens sind es vor allem die überlebensnotwendigen Subsistenzarbeiten, die durch Frauen ausgeführt werden. 80 Prozent der landwirtschaftlichen und anderen Subsistenzarbeit, die der direkten Selbstversorgung dient, wird in Afrika durch Frauen verrichtet, während Männer bevorzugt in den export- und marktbezogenen Bereichen arbeiten (vgl. Mies 1996, S. 6). Auch in Lateinamerika ist der Anteil der Frauenarbeit an der direkten Nahrungsmittelproduktion hoch. In der Bundesrepublik und in anderen Industrieländern wird der Ausbau lokaler oder sozialer Ökonomien, Selbstversorgungs- und Eigenarbeit zur Selbsthilfe von aus dem ersten Arbeitsmarkt ausgegrenzten ebenfalls propagiert. Frauen sind es auch dort, die sich für diese Überlebensarbeiten wesentlich verantwortlich fühlen.

Freie Stellen für Frauen gibt es europaweit und darüber hinaus im »Ehrenamt« (vgl. Gaskin u. a. 1996). In Wohlfahrtsverbänden, Kirchen und anderswo sollen Frauen Menschen umsorgen und pflegen, die sich nicht, nicht mehr, noch nicht oder vorübergehend nicht selbst helfen können. Für Instandhaltung und Ausbau öffentlicher Infrastruktur fehlt das Geld. »Bürgerschaftliches Engagement« oder »Bürgerarbeit« (Beck 1997, S. 236) soll an die Stelle

treten und zugleich als Gegenferment zur schrumpfenden Erwerbsarbeit für »Mütter nach dem Erziehungsurlaub, ältere Menschen im Übergang zur Rente« und andere Erwerbslose dienen (taz vom 2. Januar 1998). Gefragt sind in erster Linie Bürgerinnen, die ohne jeden Schutz und ohne Sicherung der Arbeitsbedingungen umsonst und aus Nächstenliebe, oder mit einem kleinen »Bürgergeld« versehen, abhängig von einem anderen, eigenen oder fremden Einkommen »ehrenamtlich« arbeiten (vgl. Notz 1989; Zander/Notz 1997).

Auch in den Industrieländern wird offensichtlich mehr und mehr hingegenommen, daß an der Spaltung zwischen Arm und Reich und zwischen solchen, die dienen und sich bedienen lassen, sowie zwischen Menschen, die einen Erwerbsarbeitsplatz haben und denen, die ihn nicht haben, nichts zu ändern ist.

Ein neues Verständnis von Arbeit?

WissenschaftlerInnen verweisen heute immer wieder darauf, daß für die Zukunft nicht mehr alle Menschen Erwerbsarbeit im »ersten Sektor« werden finden können. Es gelte daher, den »Bann der erwerbswirtschaftlichen Dominanz« zu brechen (Ullrich 1993, S 95).

Von vielen Konzepten zu einem neuen Verständnis von Arbeit und zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit will ich mich nur auf zwei beziehen: Vorschläge, die sich auf die Etablierung eines ›dritten Sektors‹ (Rifkin 1995) beziehen oder auf das Nebeneinander verschiedener Wirtschaftsweisen, wie von Ullrich (1993, S. 95) vorgeschlagen.

Jeremy Rifkin warnt vor Verelendung und Gesetzlosigkeit, Verwilderung und zunehmender Barbarei, wenn wir den Erwerbslosen nichts Sinnvolles zu tun geben. Er fordert dazu auf, die Fixierung auf den Markt und auf den Staat aufzugeben und setzt die Hoffnung auf einen ›dritten Sektor‹ für die Opfer der dritten industriellen Revolution. In diesem ›dritten Sektor‹ sollen Arbeitskräfte tätig sein, die im marktwirtschaftlichen Sinne »nichts wert« sind. Sie sollen dort in Non-Profit-Organisationen, gemeinnützigen Projekten, freiwilliger Arbeit und Hilfsorganisationen zu Schattenlöhnen arbeiten (vgl. Rifkin 1995).

Auch Ullrich sieht für die Zukunft einen viel kleiner gewordenen Sektor der Erwerbswirtschaft, einen großen Sektor der Subsistenz-tätigkeit und der »Hauswirtschaft« und einen größeren Zwischensektor genossenschaftlicher, kommunaler Tätigkeit als Sektor für »Gemeinwirtschaft«, wo wichtige Arbeit nicht über Geld entlohnt, sondern über Zeit verrechnet oder auch steuerfrei Nachbarn geholfen wird (vgl. Ullrich 1993).

Die für den ›dritten Sektor‹ vorgesehenen Arbeiten, wie auch die im Rahmen der »Gemeinwirtschaft« propagierten, sind wesentlich Arbeiten, die heute schon weit mehrheitlich durch Frauen ausgeführt werden, davon – und was diese Zuweisung für ihre Lebens- und Arbeitsplanung bedeutet, ist kaum die Rede.

Mit Sicherheit wird es immer dringlicher, über Konzepte jenseits der fremdbestimmten Lohnarbeit nachzudenken. Sicher muß auch der Gemeinschaftssinn wieder aufleben, aber nicht auf Kosten der Armen und Ausgegrenzten. Probleme des Arbeitsmarktes werden

zu individuellen Problemen: entweder man gehört zur neuen Elite und wird vom neu entstehenden Wissenssektor aufgenommen, oder man wird durch Maschinen ersetzt und im Wirtschaftskreislauf nicht mehr gebraucht. Ursachenforschung darüber, warum bestimmte Technologien, Arbeitsorganisationen oder hierarchische Ordnungen zu weiteren Spaltungen und Diskriminierungen führen, und Wirkungsforschungen darüber, welche Gruppen das unter welchen Bedingungen trifft, können so mühelos ausgeblendet werden. Rifkin warnt vor der weiteren Destabilisierung des Bestehenden, vor fortschreitender »sozialer Polarisierung« mit den Folgen sozialer Ausgrenzung, Kriminalisierung, Verelendung, Verwilderung und zunehmender Barbarei.

Die Menschen der Zukunft werden immer weniger Zeit am (bezahlten) Erwerbsarbeitsplatz verbringen und über immer mehr freie Zeit verfügen. Ob Freizeit durch unfreiwillige Teilzeitarbeit, ungeschützte Arbeit, Hausarbeit oder Erwerbslosigkeit und unbezahlte Arbeit erzwungen sein wird, oder ob sie aus der Verteilung der Produktionszuwächse resultiert und mit kürzeren Wochenarbeitszeiten einhergehen wird, ist eine ungelöste, politische Frage. Die Antwort wird auch davon abhängen, wie sich die Menschen zur Wehr setzen. Schließlich sind sie nicht nur Opfer der Verhältnisse, sondern auch handelnde Subjekte. Frauen haben sich den Zugang zur bezahlten Erwerbsarbeit gerade erst erkämpft. Nun will man ihnen den Sektor der niedrig oder nicht entlohnten »ehrenamtlichen Arbeiten« zum Wohle der »Gemeinschaft« mit neuer ideologischer Verbrämung schmackhaft machen.

Was heißt das für die Arbeit der Zukunft?

Für die nahe Zukunft ist nicht mit der Schaffung neuer, existenzsichernder Arbeitsplätze zu rechnen. Für Frauen schon gar nicht. Hingegen müssen wir mit der weiteren Destabilisierung des Bestehenden rechnen. Und mit fortschreitender »sozialer Polarisierung« (Rifkin 1995). Wenn wir nicht für grundsätzliche Veränderungen kämpfen.

Es gilt den globalen Gesellschaftsvertrag aufzukündigen, der globales Wirtschaften auf die Säule von umweltzerstörerischem Wachstum, auf die auf Erwerbsarbeit bezogene Vollbeschäftigung und sexistische Arbeitsteilung stellt. Wir werden Vollbeschäftigung neu definieren müssen. Für die Wirtschaftspolitik, Arbeitsmarktpolitik und auch Gewerkschaften wird es unerlässlich, den Blick auf die Arbeit als Ganzes zu richten. Das hieße auch »kleine Selbständige«, die oft weder Produktionsmittel besitzen, noch andere Menschen für sich arbeiten lassen, Menschen aus Schatten- und Alternativwirtschaft und lokaler Ökonomie wie auch Hauswirtschaft werden in die Strategien einbezogen werden müssen und sie werden die Strategien nicht nur auf Arbeitsbeschaffung, sondern auch auf Humanisierung, Demokratisierung, Arbeitsinhalte und Nützlichkeit der Produkte richten müssen. Es geht um gesellschaftlich notwendige, sinnvolle und möglichst selbstbestimmte Arbeit in allen Arbeitsbereichen. Und es geht um die Frage der Veränderung der strukturellen Ungleichheit zwischen Männern und Frauen. Auch Reproduktions- und Eigenarbeit entsprechen diesen Kriterien nicht per se.

Schließlich geht es um Internationalisierung und Globalisierung der Gegenwehr und des Widerstandes. Christa Wichterich ist beizupflichten, wenn sie schreibt: »Auf dem globalen Markt braucht die internationale Frauensolidarität neue Wege und neue Instrumente« (1997). Sie berichtet über protestierende Textilarbeiterinnen in Kambodscha und anderswo und weist darauf hin, daß die Proteste sich immer dann gegen die Arbeiterinnen richten, wenn die Produktion in andere Länder oder Fabriken verlagert werden können, in denen mit weniger Widerstand gerechnet werden kann. Sie zieht daraus das Fazit, daß auf dem globalen Markt auch der Widerstand und die Schutzmaßnahmen globalisiert werden müssen. Soziale Mindeststandards, wie sie von der Welthandelsorganisation im Blick auf Organisierungsfreiheit, Verbot von Zwangsarbeit und Kinderarbeit, gefordert werden, erscheinen unerlässlich.

Die 4. Weltfrauenkonferenz von Peking hat gezeigt, daß Frauen weltweit um ihre Rechte und um die Einflußnahme in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft kämpfen. Jetzt gilt es, die unterschiedlichen Fähigkeiten und Stärken von Frauen aus verschiedenen Ländern, ethnischen Gruppen und unterschiedlicher sozialer Herkunft für einen gemeinsamen Kampf fruchtbar zu machen (vgl. auch Lenz 1997, S. 78). Um global und lokal solidarisch Gegenwehr entwickeln zu können, braucht es kritisch-sozialer Qualifikationen und Kompetenzen. Hier ist eine wichtige Aufgabe für das Bildungssystem zu sehen. Es gilt Bildung als politischen Begriff, wie er anlässlich der Bildungsreform der siebziger Jahre geprägt wurde, zu reformulieren. Es gilt, in der Aus-, Fort- und Weiterbildung für alle Altersstufen Konzepte zu entwickeln, die Qualifikationen vermitteln, die geeignet sind, Menschen zu befähigen, sich gegen soziale Ungerechtigkeiten, gegen Gewalt und Unterdrückung, gegen geschlechtshierarchische Diskriminierungen und gegen die Zerstörung der Mit- und Umwelt solidarisch zur Wehr zu setzen (vgl. Notz 1997, S. 134).

Es genügt nicht, daß Frauen (weltweit oder regional) die Hälfte vom schimmligen Kuchen fordern. Wir werden einen anderen Kuchen backen müssen und wir werden neu darüber nachdenken müssen, mit wem, für wen und unter welchen Arbeitsbedingungen und mit welchen Ressourcen und Energien wir backen wollen. Auch ein Vollwert-Öko-Kuchen kann unter psychisch und physisch krank machenden, menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen gebacken werden. Und die nach den Kriterien humanisierter Arbeitsbedingungen gestaltete kleine Fabrik wird zum Destruktionsapparat, wenn dort Kriegsmaterial produziert wird. Arbeit sollte wieder als Ort der Kommunikation und Kooperation, der Solidarisierung unter Menschen, verstanden werden und nicht als Ort des gegenseitigen Austricksens und Kaltstellens. Wir brauchen eine Arbeitszeitverkürzung im Bereich der Vollzeitwerbsarbeit (6-Stunden-Tag) und eine Gleichverteilung der begrenzt vorhandenen bezahlten und der im Überfluß vorhandenen unbezahlt geleisteten Arbeiten auf beide Geschlechter, so daß es für Männer und Frauen möglich wird, Haus- und Sorgearbeiten und gemeinwesenorientierte Arbeiten zu übernehmen. Wir brauchen eine Gleichverteilung der gesellschaftlichen Verantwortung, eine Umvertei-

lung des gesellschaftlichen Reichtums und soziale Transfers der reichen Regionen in die Armutsregionen der Welt.

Literatur:

- Altvater, Elmar/Birgit Mahnkopf: Grenzen der Globalisierung, Münster 1996.
- Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen: Gleichstellung jetzt! Bonn o. J.
- Beck, Ulrich: Was ist Globalisierung?, Frankfurt/M. 1997.
- Beck, Ulrich: Bürgerarbeit – ein Weg aus der Krise?, in: die tageszeitung vom 2. Januar 1998.
- DGB Landesbezirk NRW u. a. (Hrsg.): Geringfügige Beschäftigungsverhältnisse, Recklinghausen 1997.
- Europäische Kommission: Beschäftigung in Europa, Brüssel 1996.
- Franzke, Astrid/Johanna Ludwig/Gisela Notz: Neuherausgabe des Buches von Louise Otto-Peters: Das Recht der Frauen auf Erwerb, Leipzig 1997.
- Gaskin, Katharine u. a.: Ein neues bürgerschaftliches Europa. Eine Untersuchung zur Verbreitung und Rolle von Volunteering in zehn Ländern, Freiburg 1996.
- Hengsbach, Friedhelm: »Globalisierung« aus wirtschaftsethischer Sicht, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 21/97, S. 3-12.
- Hirst, Paul/Grahame Thompson: Globalization in Question, Cambridge 1996.
- Holst, Elke/Jürgen Schupp: Perspektiven der Erwerbsbeteiligung von Frauen im vereinten Deutschland, in: Petra Beckmann/Gerhard Engelbrech (Hrsg.): Arbeitsmarkt für Frauen 2000 – Ein Schritt vor und ein Schritt zurück? Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 179, Nürnberg 1994, S. 140-174.
- Lafontaine, Oskar: Globalisierung und internationale Zusammenarbeit, in: spw Zeitschrift für Sozialistische Politik und Wirtschaft, H. 94/2/1997, S. 20-23.
- Lenz, Ilse: Klassen-Ethnien-Geschlechter?, in: Frerichs, Petra/Margareta Steinrücke (Hrsg.): Klasse, Geschlecht, Kultur, Köln 1997, S. 63-79.
- Martin, Hans-Peter/Harald Schumann: Die Globalisierungsfalle. Der Angriff auf Demokratie und Wohlstand, Reinbek bei Hamburg 1996.
- Miegel, Meinhard: Der ausgefrante Arbeitsmarkt, in: Die Zeit vom 9. Februar 1996, S. 20.
- Mies, Maria: Frauen, Nahrung und globaler Handel. Diskussionsbeiträge zur Subsistenz, Nr. 1/1996.
- Notz, Gisela: Frauen im sozialen Ehrenamt. Freiburg 1989.
- Notz, Gisela: Du bist als Frau um einiges mehr gebunden als der Mann. Die Auswirkungen der Geburt des ersten Kindes auf die Lebens- und Arbeitsplanung von Müttern und Vätern, Bonn 1991.
- Notz, Gisela: Den Aufstand wagen, in: beiträge zur feministischen theorie und praxis, H. 36/1994, S. 23-34.
- Notz, Gisela: Die Auseinandersetzung dauert an – Frauen im Kampf um Arbeit und Menschenwürde, in: Wissenschaftliche Arbeitsstelle des Oswald-von-Nell-Breuning-Hauses, Bornheim 1996, S. 99-128.
- Notz, Gisela: TeilZeit(arbeits)Los, in Freitag vom 9. Mai 1997.
- Notz, Gisela: Mädchen brauchen nichts zu lernen – sie heiraten ja doch! Die Frauen der älteren Generation und die Bildung, in: Hessische Blätter für Volksbildung, H. 2/1997, S. 127-135.
- Notz, Gisela: Neue Selbständigkeit oder Scheinselbständigkeit, in: Deutsche Angestellten-Gewerkschaft Frauen-Info Nr. 11/1997.
- Notz, Gisela: Wi(e)der die Rückkehr der Dienstbotinnengesellschaft, in: spw Zeitschrift für Sozialistische Politik und Wirtschaft, H. 97/1997, S. 18-24.
- OECD: Employment Outlook, Paris 1992.
- Rifkin, Jeremy: Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft, Frankfurt/M. - New York 1995.
- Senatsverwaltung für Arbeit und Frauen, Berlin: Arbeitslos, über 40, weiblich. Ein Ratgeber für Frauen in den östlichen Bezirken Berlins, Berlin 1992.
- Ullrich, Otto: Lebenserhaltende Tätigkeit jenseits der Lohnarbeit. In: Fricke, Werner (Hrsg.): Jahrbuch Arbeit und Technik, Bonn 1993, S. 84-98.
- Wichterich, Christa: Globalisierung und Frauen, Referat anlässlich der Veranstaltung der LAG-Frauen der Grünen in Niedersachsen: Globale Märkte – flexible Frauen« am 28. Februar 1997 in Hannover (1997).
- Wichterich, Christa: Globalisierung der Frauenbewegung, in: die tageszeitung vom 26./27. Juli 1997, S. 6.
- Zander, Margherita/Gisela Notz: Ehrenamtliche soziale Arbeit und Bürgerschaftliches Engagement in Thüringen, Erfurt 1997.